

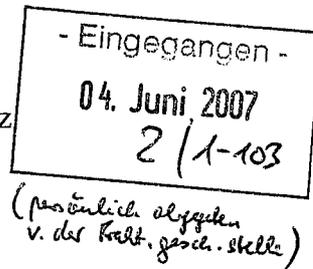
**Stadtratsfraktion**  
der Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e. V.  
(früher Bürgerwehr gegen Behördenunrecht)

Vorsitzender Dipl. Vww. - Dipl. Komm. Heinz Lang, Stadtverwaltungsdirektor a.D.

Stadtratsfraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e. V.  
Heiligenstock 56 · 51465 Bergisch Gladbach

---

Herrn Bürgermeister  
Klaus Orth  
Rathaus Konrad-Adenauer-Platz  
51465 Bergisch Gladbach



Telefon 02202 / 93 29 45  
Telefax 02202 / 93 29 46

Sprechstunden:  
Rathaus Bergisch Gladbach,  
Zimmer 15  
Montags von 16 – 19 Uhr

Telefon und Fax 02202 / 142872  
Bergisch Gladbach, 3.6.2007

sehr geehrter Herr Orth,

wir beantragen hiermit, in die nächste Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses und die folgende des Rats den Tagesordnungspunkt aufzunehmen

„Haushaltssatzung für das Jahr 2007“

Gleichzeitig beantragen wir folgendes Beschluss

Der Rat möge erneut über die Haushaltssatzung beschließen und einen Beschluss mit dem in § 77 GO vorgesehenen Inhalt fassen.

Hilfsweise beantragen wir unter Bezugnahme auf die in § 80 GO beschriebenen Gründe eine Nachtragssatzung zu erlassen.

Wir bitten Sie, die hiernach zu fassenden Beschlüsse vorzuformulieren.

## Gründe:

Der Rat fasste am 1.3.2007 folgenden Beschluss: „Die Haushaltssatzung und das Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2007 sowie das Investitionsprogramm für die Jahre 2006 – 2010 werden unter Berücksichtigung der vom Finanz- und Liegenschaftsausschuss **vorgeschlagenen** Änderungen beschlossen“.

Damit wurde ein Beschluss ohne Inhalt gefasst, denn es gab keine Vorschläge des Finanzausschusses, Wir halten es deshalb für nötig, dass der Rat sich erneut mit der Haushaltssatzung in der im Gesetz vorgesehenen Form und mit dem im Gesetz vorgeschriebenen Inhalt befasst.

Selbstverständlich möchten wir zu den neuen Sitzung unsere Fragen zur Ratssitzung vom 1.3.07 beantwortet haben. Wir wiederholen sie daher wie folgt:

1.

Uns liegt eine Pressemitteilung vom 14.2.07 vor. Sie gibt im Text an, dass die tatsächlichen Einnahmen in 2006 um 13,5 Mio Euro höher waren als es der Haushaltplan vorsah. Dadurch betrage der Fehlbetrag gegenüber der geschätzten Summe von 18,8 Mio Eur nur 5,3 Mio. In der Vorlage für die Finanzausschusssitzung ist dagegen ein Unterschied von 10,8 Mio angegeben.

Worauf ist der Unterschied von 2,7 Mio zurückzuführen?

2.

Gegenüber den im Text der Pressemitteilung angegebenen 13,5 Mio ergibt eine Addition der ihr beigefügten Liste der wesentlichen Einnahmen- und Ausgabenänderungen den Betrag von 14,8 Mio.

Welche Auswirkung hat der Unterschied von 1,2 Mio Eur?

3.

Nach einem Bericht der BLZ soll die Kreisumlage wegen der verbesserten Einnahmen der Stadt um 5,8 Mio steigen. Ist der Bürgermeister bereit, mit dem Landrat darüber zu verhandeln, dass dieser Betrag der Stadt verbleibt? Sind die Stadtverordneten., deren Parteien Kreistagsabgeordneten haben, ebenfalls bereit, auf ihre Kollegen im Kreistag entsprechend einzuwirken.

- Wir begrüßen an dieser Stelle die mutigen Äußerungen von Herrn Munday, der gesagt hat, dass der Kreis auf die Nothaushalte der Gemeinden Rücksicht nehmen muss. Nach § 1 (1) KrO verwalten die Kreise ihr Gebiet „zum Besten der kreisangehörigen Gemeinden und ihrer Einwohner“.

4.

Während im Jahre 2006 tatsächlich 35,5 an Gewerbesteuer eingegangen sind, veranschlagt der Bürgermeister in der Vorlage vom 23.2.2007 nur 34,0 Mio, also rund 1,5 Mio weniger.

Von 2005 stieg die Gewerbesteuer in 2006 von 27,7 in 2005 auf 35,5 Mio. Die auf die Hebesatzerhöhung entfallende Teil macht nur 1,1 % aus. Insgesamt wurden jedoch rund 28 % mehr vereinnahmt. Würde man also die 2006 eingetretene Verbesserung wegen des Wirtschaftsauschwungs für 2007 ebenfalls zugrunde legen, so wären das einschließlich der v. e. 1,5 Mio über 11 Mio

5..

Der Anteil an Einkommen- und Umsatzsteuer betrug 2006

= 46,6 Mio

Im Jahre 2005 waren es

= 41,3 Mio

das sind

-----  
5,3 mehr

In der Vorlage vom 23.3.07 sind (statt 06 = 46,6 und 07 = 47,4) nur 1,5 mehr eingesetzt. Warum so wenig?

6

Gleiches gilt für die Schlüsselzuweisungen. Die Differenz der tatsächlichen Einnahme von 2005 zu 2006 beträgt 3,9 Mio. In der Vorlage vom 23.3.06 sind nur 1,5 mehr eingesetzt.

7.

Weitere Entscheidungsfreiheiten für den Rat ergeben sich nach unserer Überzeugung bei den **Vermögensanlagen** (S. 29 ff der Satzung), den Tilgungen (S. 31 und 81) und den Zinsen (S. 78) sowie den Zuweisungen (Seite 80)

8.

Außerdem ist zu prüfen, welche Möglichkeiten <sup>es gibt</sup> die Kürzung der Wirtschaftsreste der sog. Eigenbetriebe auf die noch nicht durch Aufträge gebundenen Beträge liegen.

**Wir sind davon überzeugt, dass es möglich ist, für das Jahr 2007 einen ausgeglichenen Haushalt zu beschließen. Das werden die Antworten auf unsere Fragen beweisen.**

**Wir verweisen auf die Berichte in den Zeitungen. Sie alle kündigen an, dass sich die Wirtschaftslage in 2007 noch mehr verbessern wird als im Vorjahre.**

**Der Haushaltsausgleich dient den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt. Die unseligen Kürzungen können eingestellt werden. Sie gingen vor allem zu Lasten unserer Jugend, des Sports, der Kultur und der ärmeren Bevölkerung. Die Einschränkung der die Stadt entlastenden ehrenamtlichen Tätigkeit kann aufhören. Diese Handeln steht nicht im Einklang mit dem Erlass des Innenministers vom 3.6.2003, aus dem wir zitieren:**

**„Häufig sind wirksame Konsolidierungsmaßnahmen eher bei Pflichtaufgaben, vertraglich gebundenen Leistungen oder zum Beispiel beim Personalaufwand durchzusetzen als bei Zuschüssen an Vereine oder an Einrichtungen zu finden, die für die Kommunen Aufgaben kostengünstig erledigen. Deshalb wäre es nicht angemessen, die Lösung von Konsolidierungsmaßnahmen in HS allein bei den sog. freiwilligen Leistungen zu suchen“**

**Und, was für den Rat eigentlich besonders wichtig sein muss: Die Stadt wird wieder demokratisch regierbar.**

Mit freundlichen Grüßen



Durchschriften:

Herrn Klaus-Peter Freese als Vorsitzender des Finanz- und Liegenschaftsausschusses, mit der Bitte um entsprechende Ergänzung der nächsten Tagesordnung,  
den Damen und Herren der Stadtratsfraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, F.D.P. und KIDiative mit der Bitte um Unterstützung  
Herrn Landrat Rolf Menzel mit der Bitte um Prüfung